

Offizielles Organ des Bernischen Staatspersonalverbandes
Organe officiel de l'Association du personnel de l'Etat de Berne

Verlag: Sekretariat des Bernischen Staatspersonalverbandes, 3011 Bern, Postgasse 60, Tel. 22 11 66, PC-Konto 30-1286-0,
Abchluss: Montagvormittag 10 Uhr, jeweils 1 Woche vor Erscheinen. Druck und Versand: Buchdruck/Offsetdruck W. Rösch AG,
Könizstrasse 60, Tel. 25 55 77. Die Zeitung erscheint monatlich.

Verwaltung: R. Lanz, Annoncen, 3013 Bern, Laubeggstrasse 14, Tel. 42 34 66. Insertionspreis pro Millimeter 56 Rp., Reklamen:
Annoncenzeile Fr. 2.20. Platzvorschriften sind unverbindlich. Annahmeschluss: 1 Woche vor Erscheinen. Jahresabonnement
Beitrag inbegriffen; Jahresabonnement Nichtmitglieder Fr. 24.—.

Bernische Staatspersonalzeitung

Journal du personnel de l'Etat de Berne

1912 und 1987, zwei Jahreszahlen im Ablauf der Zeit, scheinbar zufällig herausgegriffen, gegeben durch unser Jubiläum.

An einer auf den 30. Juni 1912 in den Grossratssaal in Bern einberufenen Versammlung wurde vor 75 Jahren von 60

gen, über Erreichtes und leider auch Unerfülltes berichten. Da bei 25 und 50 Jahren Bernischer Staatspersonalverband, 1937 und 1962, jeweils eine Gedenkschrift verfasst wurde, kann hier aus diesen Quellen geschöpft bzw. darauf verwiesen werden.

75 Jahre
ans

Bernischer Staatspersonalverband Association du personnel de l'Etat de Berne

Beamten und Angestellten unserer Personalverband gegründet. Weitreichende Umwälzungen, vor allem in wirtschaftlicher, technischer und sozialer Hinsicht, prägten die dazwischenliegenden Jahre.

Zusammen mit den anderen Arbeitnehmerorganisationen kämpfen wir seit mehr als sieben Jahrzehnten für die Interessen der Angestellten und Beamten sowie für die Grundrechte der Arbeitnehmerschaft.

Standen bei der Gründung und den nachfolgenden Kriegs- und Krisenjahren vor allem die Existenzbedürfnisse im Vordergrund, geht es heute vermehrt um die Verbesserung der Arbeitsqualität, die Verkürzung der Lebensarbeitszeit und den weiteren Ausbau der sozialen Sicherheiten.

Ein Jubiläum soll auch Anlass sein für einen kurzen Rückblick auf den Zeitabschnitt seit der Gründung, und so sollen die folgenden Ausführungen einen kurzen – wegen dem knappen Platz in unserer Zeitung leider nur sehr lückenhaften – Überblick über die Verbandsarbeit, über Erfolge und Enttäuschun-

Die Gründung

Es ist erwähnenswert, dass lange vor der Verbandsgründung einzelne Berufsvereinigungen bestanden. Ein «Bernisch-kantonaler Bureaulisten-Verein» konstituierte sich schon am 9. März 1890. In den Jahren um die Jahrhundertwende stösst man in den Tagblättern des Grossen Rates neben den Eingaben des Bureaulistenvereins auf solche des Vereins bernischer Bezirksbeamter, des Polizeiangeestelltenvereins und des Wegmeisterverbandes, die damals noch voneinander unabhängige Organisationen des kantonalen Personals bildeten.

Die Gründung unseres Verbandes wurde durch eine Bewegung von Staatsangestellten ausgelöst, die im bernischen Bureaulistenverein organisiert waren. Sie erkannten, dass ihr Verein keinen nachhaltigen Einfluss auf die Reform der rückständigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Staatspersonals auszuüben vermochte und nur ein Verband des gesamten Staatspersonals genügende Triebkraft besass, um geeignete Vorschläge durchzusetzen.

In einem eindringlichen Aufruf versuchten sie, einen grösseren Kreis von Staatsangestellten und Beamten für einen neu zu gründenden Verband zu gewinnen. Trotz Platzmangels sei hier wenigstens ein Abschnitt aus diesem Aufruf wiedergegeben: «Vorerst ist es die allgemeine Teuerung, der die Besoldungserhöhungen nicht die Waage zu halten vermochten. Ersparnisse zu machen ist unter den bestehenden Verhältnissen fast unmöglich geworden. Daher das drückende Gefühl bei den Gedanken an die Zukunft, an Zeiten schwerer Krankheit, der Invalidität oder des Todesfalles! Was soll aus unseren Familien werden, wenn der Ernährer stirbt? Hier kann nur helfen ein fester Zusammenschluss aller Staatsbeamten zur Gründung einer Alters- und Invaliditätsversicherung.»

Auf diesen Aufruf hin hatten 230 Beamte und Angestellte ihren Beitritt zu einem Gesamtverband in Aussicht gestellt; 60 nahmen dann, wie bereits erwähnt, an der Gründungsversammlung vom 30. Juni 1912 teil. Die Statuten wurden mit einer einzigen Änderung angenommen, dass der Verband die politische und religiöse Neutralität zu wahren habe.

Die ersten 25 Jahre

Unmittelbar nach der Gründung wurde mit den bestehenden Gruppen Fühlung genommen, um die junge Organisation zu stärken. Schon in der Vorstandssitzung vom 24. August 1912 konnte festgestellt werden, dass 540 Mitglieder den Beitritt zum Verband erklärt hatten, der als Organe einen Zentralvorstand und eine Generalversammlung aufwies. Mit dem angeschlossenen Bureaulistenverein konnte die gemeinsame Herausgabe einer Verbandszeitung geregelt und eine Redaktionskommission bestellt werden. Unverzüglich wurde die Schaffung einer Hilfskasse an die Hand genommen und eine Besoldungseingabe ausgearbeitet. Der Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914 sistierte diese Bemühungen. Was die Mitgliederwerbung nicht vermochte, bewirkte die nun einsetzende, zunehmende Notlage des Staatspersonals, das mit voller Schärfe von der einsetzenden Kriegsteuerung erfasst und zur

Solidarität zusammenschweisst wurde. Um der steigenden Teuerung (28%) zu begegnen, beschloss die Generalversammlung 1916 die Eingabe für eine Besoldungsanpassung, zudem sei für das Personal der freie Samstagnachmittag zu verlangen. Auf Antrag des Vorstandes stimmte die Generalversammlung im Jahre 1917 der Schaffung eines ständigen Sekretariates zu. Als Verbandssekretär wurde der bisherige Präsident A. Raaflaub berufen. Die folgenden Zeiten galten nun dem Ausbau des Verbandes und weiterhin einer ununterbrochenen Folge von Verhandlungen um den Teuerungsausgleich. (Die Lebenskosten stiegen in den vier Kriegsjahren um mehr als 200%.) Erstmals befasste sich der Verband mit der Frage des passiven Wahlrechtes der Staatsbeamten. Die Delegiertenversammlung (anstelle der anfänglichen Generalversammlung) im Dezember 1920 beschloss die Schaffung eines hauptamtlichen Sekretariates und wählte Gerichtspräsident Otto Peter zum Verbandspräsidenten. Im Frühjahr 1921 erkor die Abgeordnetenversammlung Fürsprecher Seelhofer zum Verbandssekretär, welcher zugleich noch als freierwerbender Anwalt praktizierte. Diese Lösung mag wohl nicht befriedigt haben, beschlossen doch die Abgeordneten ein Jahr später die Anstellung von Dr. W. Luick als vollamtlichen Sekretär. Der Verband zählte zu dieser Zeit (Ende 1922) 2008 Mitglieder, davon waren 1424 in Unterverbänden organisiert und 584 figurierten als Einzelmitglieder. Nach der Not der Kriegsjahre konnten nun standespolitische Verbesserungen erreicht werden wie zum Beispiel die Schaffung der jährlichen Alterszulagen, der Ortszulagen, Regelung der Reisespesenvergütungen usw. Bis 1930 gelang es dem Verband, zahlreiche Verbesserungen für das Staatspersonal zu erreichen, die hier leider aus Platzgründen nicht erwähnt werden können.

In den folgenden Krisenjahren 1931 bis 1936 war der Verband gezwungen, das Hauptaugenmerk auf die Erhaltung und Festigung des Bestehenden zu richten. Auf Anfang 1934 wurden dann 7% Lohnabbau als Krisenmassnahme beim Staats-

personal eingeführt und im September 1937 erfolgte ein Abbau um weitere 5%. Es waren schwere Zeiten, als der Verband auf die ersten 25 Jahre zurückblickte. In den «Räumen der Inneren Enge» fand am 2. Oktober 1937 die Jubiläumsfeier statt.

Die Zeit bis zum 50-Jahr-Jubiläum

Auf die Krisenjahre folgte 1939 der zweite Weltkrieg. Mitte 1939 gelang es den Verbänden, den Lohnabbau um 3,5% zu reduzieren. Eine Besoldungsrevision auf Anfang 1942 kompensierte weitgehend die erwähnten Lohnkürzungen der Krisenjahre. Wiederum hatte sich der Verband für den Teuerungsausgleich einzusetzen. Erstmals wurden 1942 auch die Renten

- Besoldungsdekret 1959
- Dekret über Teuerungszulagen für die Rentenbezüger 1959
- Einführung des alternierenden freien Samstages
- Besoldungsdekret 1961.

Daneben gab es eine ganze Reihe von Verbesserungen und Neuerungen für das Dienstverhältnis verschiedener Kategorien des Staatspersonals. Das 50-Jahr-Jubiläum fiel also in eine Zeit des Wachstums und der standespolitischen Erfolge.

1963 bis 1987

Nun ist noch über den Zeitabschnitt zu berichten, den viele von unseren Mitgliedern ganz oder zumindest teilweise miterlebt haben.

Die guten Wirtschaftsjahre setzten sich fort, und so konnte 1968 Verbandssekretär Karl Geissbühler bei seinem altersbedingten Rücktritt hoch befriedigt auf seine vielfachen Erfolge zurückblicken. Auch im Verbandspräsidium hatte im Jahre 1961 ein Wechsel stattgefunden, indem Oberrichter Otto Peter nach über 40 Jahren den Verbandsvorsitz an den neugewählten Präsidenten, Gerichtspräsident Dr. Max Graf, übergab. Zum neuen Verbandssekretär berief die Abgeordnetenversammlung 1967 überaus ehrenvoll Ernst Bircher. Die andauernde Hochkonjunktur schaffte die Verhältnisse, um weitere grosse standespolitische Verbesserungen zu erreichen. Auch hier mag eine kleine, unvollständige Aufzählung die überaus erfreulichen Erfolge belegen:

- 1968:
- Dritte Ferienwoche als Minimum
 - Realloohnerhöhung um 6%
 - Erhöhung Kinderzulage
 - Anpassung Familienzulage
- 1970:
- Realloohnerhöhung um 5%
 - reale Erhöhung der vor dem 1. Januar 1965 entstandenen Renten um 4%
 - Verbesserung der Überstundenentschädigung
 - 4 Wochen Ferien ab dem zurückgelegten 40. Altersjahr
 - einmalige Herbstzulage für das Jahr 1971 von Fr. 600.—.

Den Abschluss der ganzen Reihe bildete die Besoldungsrevision 1972, mit Inkraftsetzung auf den 1. Januar 1973. Alle Staatsangestellten wurden dabei um mindestens eine Klasse befördert. Gleichzeitig kam ab diesem Datum das Staatspersonal in den Genuss einer 13. Monatsbesoldung. Ebenfalls auf Anfang 1973 war auch das Versicherungskassendekret in vielen Belangen ver-

1974 brachte der Welt den Ölschock und das Jahr 1975 leitete die schwerste Rezession seit der letzten Krise ein. Beim Amtsantritt 1976 des jetzigen Verbandssekretärs waren Arbeitslosenraten im Ausmass von einem Prozent zu verzeichnen, obschon mehr als 150 000 Fremdarbeiter unser Land bereits verlassen hatten. Auf die Abgeordnetenversammlung 1978 demissionierte Präsident Oberrichter Max Graf nach 18jähriger Verbandsführung. Als Nachfolger wählten die Abgeordneten Gerichtspräsident Ueli Hofer.

Erfreulicherweise zeichnete sich 1978 ein leichter Aufschwung ab, der auf eine weitere Stabilisierung der Beschäftigungslage hoffen liess. 1981 verschärfte sich aber die Rezession erneut. Kurzarbeit, Entlassungen und wiederum zahlreiche Betriebschliessungen prägten die Wirtschaftslandschaft. Ende des Jahres 1984 stellten die Sachverständigen erleichtert fest, dass die Talsohle nun «durchschritten» sei. Tatsächlich brachten die beiden letzten Jahre einen erfreulichen Aufschwung.

In den Jahren seit 1974 galt es, das Erreichte zu behaupten und mühsam Verbesserungen zu erreichen. Eine Aufstellung ergibt nun nicht mehr die Erfolgsmeldungen wie in der Hochkonjunktur. Aus dem Kapitel Standespolitik lassen sich aus den Jahresberichten nebst dem jeweiligen Teuerungsausgleich folgende Überschriften entnehmen:

- 1977:
- Umwandlung Dienstaltersgeschenk in bezahlten Urlaub
 - Nachgewährung von Feiertagen, die auf Samstage oder Sonntage fallen
- 1978:
- Revision der Sozialzulagen
- 1980:
- Revision des Besoldungsdekretes durch Einbau von 17% TZ und der Ortszulage
 - Neufestsetzung der Familien- und Kinderzulage
 - Revision Versicherungskassendekret mit der Schaffung der Möglichkeit des vorzeiti-

gen Rücktrittes und Einbau von 17% TZ

1981:

- Revision der Ferienverordnung auf 1. Januar 1982
- Revision der Motorfahrzeugentschädigung
- Begehren um Realloohnerhöhung

1982:

- Ablehnung einer Realloohnerhöhung durch den Regierungsrat
- Revision des Besoldungs- und Versicherungskassendekrete durch Einbau der Teuerungszulage

1984:

- Schaffung einer Beamtenverordnung
- Begehren um Arbeitszeitverkürzung

1985:

- Erneutes Begehren um Realloohnerhöhung

1986:

- Arbeitszeitverkürzung, Einführung der 42-Stunden-Woche
- Revision Beamtenverordnung wegen der Einführung der 42-Stunden-Woche.

Am Anfang der Berichterstattung über die letzten 25 Jahre, nämlich 1963, erwarb der Verband die Liegenschaft Postgasse 60. Im zweiten Anlauf – der erste war 1964 am Baustop und an den Kreditrestriktionen gescheitert – wurde der Umbau der verbandseigenen Liegenschaft 1982 an die Hand genommen. Nach rund anderthalbjähriger Bauzeit konnten die im Stockwerkeigentum verbleibenden Sekretariatsräume bezogen werden. Damit ist die Unterbringung des Sekretariates für die weiteste Zukunft gesichert worden.

In den vergangenen 75 Jahren haben sich unsere Mitglieder stets in solidarischem Zusammenschluss gefunden, um als starker Partner gegenüber Regierung und Parlament die Interessen der bernischen Beamenschaft vertreten zu können. Dies sei auch in Zukunft Ziel und Aufgabe des Bernischen Staatspersonalverbandes.

Kurt Niklaus

Chères et chers collègues

L'éditorial du jubilé s'adresse aussi, il va sans dire, à tous nos collègues de langue française. Par manque de place il n'a malheureusement pas été possible de publier cet article en traduction française. Nous le publierons, éventuellement en résumé, dans un de nos prochains numéros.

75 Jahre
ans

den Lebenskosten angepasst. Die Jahre 1946 und 1947 brachten sodann für das Staatspersonal eine grundlegende Neugestaltung der Ämtereinreihung. Dass neben der Revision der Besoldungen in diesen Nachkriegsjahren auch noch viele andere Personalprobleme behandelt wurden, davon geben die jeweiligen Jahresberichte eingehend und detailliert Auskunft. An dieser Stelle sei nur die Schaffung des Personalamtes, der Personalkommission, die Einführung des Externates des Pflegepersonals, Kranken- und Unfallversicherung, Probleme der Hülfskasse (Versicherungskasse) usw. erwähnt. Im Jahre 1952 verstarb, nachdem er sich fast 30 Jahre lang für den BSPV und das Staatspersonal eingesetzt hatte, Verbandssekretär Dr. W. Luick. Zu seinem Nachfolger wählte daraufhin die Abgeordnetenversammlung Karl Geissbühler, der sein Amt 1953 antrat. Die fünfziger und sechziger Jahre bis zum 50-Jahr-Jubiläum zeichneten sich durch ein überaus starkes wirtschaftliches Wachstum aus, verbunden mit einer rasch voranschreitenden Geldentwertung. Die guten wirtschaftlichen Verhältnisse ergaben auch den öffentlichen Haushalten vermehrte Mittel. Endlich konnten standespolitische Begehren recht zügig realisiert werden. Eine kleine – wiederum nicht abschliessende – Aufzählung mag dies belegen:

- das neue Beamtengesetz 1954
- Dekret über das Dienstver-